

Danlof 12

Einbringung des Haushaltsentwurfs 2005  
Bürgermeister Jürgen Hoffstädt  
Sitzung des Gemeinderates am 16. Dezember 2004

Es gilt das  
gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn die Schonfrist von 100 Tagen nach der Kommunalwahl noch nicht ganz vorüber ist, wir schreiben heute erst den Tag 81, müssen wir uns ab heute gemeinsam einer der wichtigsten Fragen in der Kommunalpolitik stellen: Wie sehen die Finanzen der Gemeinde im kommenden Jahr aus ? Welche Mittel stehen uns für unsere Arbeit im kommenden Jahr zur Verfügung und für welche Maßnahmen wollen wir diese bereit stellen ?

Sie kennen die Aussage: Geld ist nicht alles – und ohne Geld ist alles nichts. Ich möchte den zweiten Teil in der Weise abändern und sagen: Ohne Geld ist auch in der Kommunalpolitik vieles nicht machbar.

Sie, meine Damen und Herren, die Sie dem Gemeinderat schon länger als die besagten 81 Tage angehören, wissen, was in den nächsten drei Monaten auf Sie zukommt: Lesen, Fragen, Gespräche, Fraktionssitzungen, Ausschuss- und Ratssitzungen. Am 17. März des kommenden Jahres ist dann vorgesehen, den Haushalt zu verabschieden.

Für die neuen Ratsmitglieder und das gilt ebenso für die neuen sachkundigen Bürger, öffnet sich vielleicht heute erstmalig der kommunale Haushalt. Er ist kein „Buch mit sieben Siegeln“ wie oftmals gesagt wird. Aber er unterscheidet sich doch deutlich vom kaufmännischen Rechnungswesen, welches viele von Ihnen kennen. Ich kann Sie aber trösten: Es wird nicht mehr lange dauern, dann hält in unseren kommunalen Haushalten auch das kaufmännische Rechnungswesen Einzug. Das Stichwort dazu lautet: NKF – Neues kommunales Finanzwesen. Den Haushalt 2005 und auch den für 2006 werde ich Ihnen in der alten kameralen Form vorlegen, ab 2007 gilt eine neue Zeit. Sie werden dazu in den nächsten zwei Jahren in der einen oder anderen Sitzung einiges hören. Unsere Arbeitsgruppe in der Verwaltung steckt mitten in der Arbeit und bereitet den Umstieg auf das landesweit verpflichtend einzuführende Rechnungswesen seit mehr als einem Jahr vor.

Meine Damen und Herren,

mit dem Haushalt 2005 setzen Sie den finanziellen Rahmen für Ihre Arbeit und für die Arbeit der Verwaltung. Sie werden erkennen, dass trotz eines zweistelligen Millionenbetrages, den ein solcher Etat auch in Ostbevern enthält, vergleichsweise wenig Manövriermasse zur Verfügung steht. Mehr als 95 % des Geldes sind eingeplant für Pflichtaufgaben oder für Aufgaben, zu denen sich die Gemeinde in früheren Jahren verpflichtet hat. Der Spielraum ist zwar klein, gleichwohl kann man ihn kreativ nutzen. Gemeinsam haben wir das in der Vergangenheit erfolgreich an der einen oder anderen Stelle bewiesen.

## Haushaltsentwurf 2005

Der Haushaltsentwurf, den ich Ihnen heute vorlege, hat ein Volumen von insgesamt 15,1 Mio. Euro, davon entfallen 11,7 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt (Mittel für den laufenden Betrieb) und 3,4 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt (Mittel für Investitionen).

Er liegt damit um rd. 500.000 Euro über dem Etat des laufenden Jahres 2004.

Die Steigerung von einer halben Mio. Euro verteilt sich mit etwa 350.000 Euro auf den Verwaltungs- und 150.000 Euro auf den Vermögenshaushalt.

Zu Beginn meiner jeweiligen Haushaltsreden habe ich auch in der Vergangenheit zwei wichtige Feststellungen getroffen: Der Haushalt ist ausgeglichen und es sind keine neuen Kredite eingeplant. Diese Aussagen kann ich auch heute machen, möchte aber eine dritte anfügen, die derzeit nicht unwichtig ist: Es sind keine Steuererhöhungen vorgesehen. Die Grundsteuern sowie die Gewerbesteuer sollen nach diesem Entwurf unverändert bleiben.

Nach diesen positiven Aussagen kann ich es Ihnen nicht ersparen, etwas Wasser in den Wein zu gießen: Der Haushaltsausgleich konnte nur durch eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von gut 1,0 Mio. Euro erreicht werden. Auch in 2005 wird es, wie in diesem Jahr, einen strukturell nicht ausgeglichenen Haushalt geben. Strukturell nicht ausgeglichen bedeutet, dass die laufenden Einnahmen der Gemeinde auch in 2005 nicht ausreichen, den Verwaltungshaushalt zu speisen, heißt, den laufenden Betrieb der Gemeinde zu finanzieren. Die Gemeinde muss erneut auf Geld zurückgreifen, welches sie auf die „Hohe Kante“ gelegt hat. Das Schlimme hieran ist: Damit ist die Rücklage fast geplündert, und Ende 2006 wird sie nach der Finanzplanung ganz geplündert sein. Die Reserven sind dann aufgezehrt.

Für einige von Ihnen wird jetzt der Einruck entstehen: Schlecht gewirtschaftet.

Ja, meine Damen und Herren, das ist so – allerdings gilt das, so meine feste Überzeugung, nicht für unsere Gemeinde. Es gilt für den Bund und das Land. Dort gelingt es nach wie vor nicht, der astronomischen Verschuldung Einhalt zu gebieten. Ganz im Gegenteil: es wird weiter „auf Pump“ gewirtschaftet. Es gibt kein schlüssiges Gesamtkonzept, wie es anders werden kann, wie es anders werden soll. Es werden einige kleine Korrekturen vorgenommen, die m. E. in die richtige Richtung weisen. Das alles wird aber nicht ausreichen, die Zukunft auf finanziell solide Beine zu stellen. Es fehlt ein sog. Masterplan. Bund, Länder und Gemeinden müssen an einem solchen Konzept beteiligt werden. Es kann und darf nicht sein, dass sich die Städte und Gemeinden lediglich am sog. Katzentisch wiederfinden. Solange die Kommunen hierbei nicht beteiligt werden, gibt es immer wieder Streit über die Mittelverteilung.

Mit einem strukturell nicht ausgeglichenen Haushalt befindet sich Ostbevern in guter Gemeinschaft: Alle Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf und fast alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben eine solche Situation.

Auch daraus wird deutlich, dass die Aufgaben- und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden so nicht mehr stimmen. Wir alle haben im vergangenen Jahr auf eine Gemeindefinanzreform gehofft. Was dabei herausgekommen ist, wissen Sie: Vor genau einem Jahr hat der Vermittlungsausschuss getagt, **alle** Parteien waren beteiligt. Zu dem Schluss, dass viele Köche den Brei verderben, kommt man, wenn man sich das Ergebnis anschaut: Für die Städte und Gemeinden ist so gut wie nichts dabei herum

gekommen. Von einer Gemeindefinanzreform sind wir heute vielleicht noch weiter entfernt als vor einem Jahr, obwohl sie nach wie vor dringend erforderlich ist.

Zurück zu Ostbevern und zum Entwurf des Haushalts 2005 dieser Gemeinde.

Im Verwaltungshaushalt haben wir eine Steigerung um etwa 350.000 Euro. Dieser Anstieg hat im wesentlichen zwei Ursachen:

- die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
- die Erhöhung der Kosten der Abfallbeseitigung, wie soeben beschlossen.

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird die Gemeinde Ostbevern nach eigenen Berechnungen knapp 400.000 Euro kosten. Der Landrat geht in seinen Berechnungen von etwa 600.000 Euro brutto aus. Hiervon abzuziehen sind die Einsparungen, die die Städte und Gemeinden als Eigenanteil bei der Sozialhilfe bisher aufgebracht haben. Dieses waren in etwa 190.000 Euro, so dass die Nettobelastung der Gemeinde im Haushalt 2005 mit 180.000 Euro veranschlagt ist.

Zur Erinnerung: Der Bund übernimmt bei dem künftigen ALG II die Kosten der Grundversicherung, die Städte und Gemeinden müssen die Kosten der Unterkunft übernehmen.

Von der vor einem Jahr im Vermittlungsausschuss erklärten Entlastung der Städte und Gemeinden um insgesamt 2,5 Mrd. Euro ist derzeit nichts zu spüren. Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt derzeit für unsere Gemeinde und nach meiner Kenntnis auch für alle Städte und Gemeinden im Münsterland eine Belastung. Ich erinnere an meine Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss zu diesem Thema. Bleibt nur zu hoffen, dass der Bund seine Zusage einhält und nach den Revisionsterminen am 30.03. und am 30.09. des kommenden Jahres zu einer Nachbesserung kommt, die dann bei uns wenigstens zu einer Null-Runde führt.

#### Ein Blick auf die Einnahmeseite des Verwaltungshaushalts.

Die Steuereinnahmen sind in diesem Jahr besser geflossen als noch Anfang des Jahres geschätzt. Bei den Grundsteuern gibt es eine Mehreinnahme von etwa 30.000 Euro, bei der Gewerbesteuer werden es voraussichtlich etwa 300.000 Euro sein. Dieses höhere Aufkommen der sog. Realsteuern führt zu einem Anstieg der Steuerkraft der Gemeinde, was sich in einem höheren Anteil der Gemeinde an der Kreisumlage und in geringeren Schlüsselzuweisungen nieder schlägt.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, unseren Firmen, unserem Handel und unserem Handwerk, zu danken für die gute Arbeit nicht nur in diesem Jahr. Unsere Firmen tragen durch ihre Arbeitsplätze und durch ihr Steueraufkommen mit dazu bei, dass wir uns noch ein wenig in dieser Gemeinde leisten können.

Die Grundsteuern und die Gewerbesteuer sind in der Höhe des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2004 auch für das neue Haushaltsjahr veranschlagt (Grundsteuer A 110.000 €, Grundsteuer B 910.000 € und Gewerbesteuer 2,0 Mio. €).

Mit 2,05 Mio. € gehen die Schlüsselzuweisungen im Vergleich zu diesem Jahr um rd. 920.000 € zurück. Ein Grund hierfür ist die gestiegene Steuerkraft der Gemeinde. Weitere Gründe sind das geringere Steueraufkommen im Land sowie die Rückzahlung

von kreditierten Zuweisungen aus Vorjahren. Die optimistischen Einschätzungen der Finanzminister von Bund und Land trafen nicht ein. Das war allerdings in 2003 kein Einzelfall. Auch für 2004 wird es zu solchen Kreditierungen kommen, die sich dann im Land NRW auf insgesamt rd. 1,4 Mrd. Euro belaufen werden. Dieses Geld holt sich das Land in den nächsten Jahren Stück für Stück bei den Städten und Gemeinden zurück. Keine sehr rosigen Aussichten! Bleibt nur zu hoffen, dass die Steuerquellen nicht nur in Ostbevern sondern im gesamten Land besser sprudeln und die Kreditierung dann mit einem positiveren Gesamtergebnis verrechnet werden kann.

Der Anteil der Gemeinde an der Einkommensteuer ist mit 2,26 Mio. Euro veranschlagt. Er liegt damit um rd. 190.000 Euro hinter der Veranschlagung in diesem Jahr. Tatsächlich werden wir in diesem Jahr auch nicht den vollen Betrag bekommen, es werden etwa 180.000 Euro weniger sein, wie kürzlich im Finanzzwischenbericht dargelegt. Für 2005 haben wir dieses niedrigere Niveau veranschlagt.

Optimismus ist zwar meistens gut, aber bei den Steuerschätzungen holt uns die Wirklichkeit mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wieder ein, wie man hier sieht.

Die Steuern und Zuweisungen belaufen sich im Haushalt 2005 auf insgesamt 7,738 Mio. Euro und machen damit im Verwaltungshaushalt einen Anteil von rd. 66 % aus.

Die übrigen Einnahmen des Verwaltungshaushalts ändern sich nur geringfügig. Ausnahme: Die um rd. 80.000 Euro höhere Veranschlagung der Gebühreneinnahmen, die aus der soeben beschlossenen und begründeten Erhöhung der Abfallgebühren resultiert. Dieses sind aber keine Mehreinnahmen, die der Gemeinde allgemein zur Verfügung stehen, diese Einnahmen sind kostendeckend kalkuliert und werden von der Gemeinde für die Anfallbeseitigung wiederum verausgabt.

Stabil ist, und das ist ein Lichtblick, die Konzessionsabgabe, die wir von der Energieversorgung auch im kommenden Jahr mit 455.000 Euro erwarten.

### Die Ausgabeseite des Verwaltungshaushalts

Wie in all den Vorjahren steht auf der Ausgabeseite die Kreisumlage an erster Stelle: 3,69 Mio. Euro führt die Gemeinde im kommenden Jahr an den Kreis als sog. Allgemeine Umlage sowie als Jugendamtumlage ab. Die Aufteilung in diese beiden Umlagen ist notwendig, weil einige Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf ein eigenes Jugendamt haben und die Kosten des Kreisjugendamtes somit nur auf die Städte und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt verteilt werden können.

Anders bei der allgemeinen Kreisumlage: Diese wird nach einem bestimmten Schlüssel, der u. a. auch die Steuerkraft der einzelnen Städte und Gemeinden berücksichtigt, verteilt. Der Anteil der Gemeinde Ostbevern an der allgemeinen Kreisumlage liegt derzeit bei etwa 3,4 %.

Der Landrat hat am vergangenen Freitag bei der Einbringung des Kreishaushalts erfreulicherweise den Vorschlag der Bürgermeisterrunde aufgegriffen und dem Kreistag vorge schlagen, das sog. Herforder Modell bei der Abrechnung der Kosten von Hartz IV anzuwenden.

Dieses Modell sieht vor, dass der Finanzbedarf des Kreises, der sich errechnet aus den Kosten der Unterkunft einschl. der Heizkosten sowie den Kosten für einmalige Beihilfen

abzögl. der zugesagten finanziellen Beteiligung des Bundes in Höhe von 29,1 % an den Ausgaben für Unterkunft und Heizung nicht über die allgemeine Kreisumlage abgerechnet wird.

Die Abrechnung erfolgt nach dem tatsächlich entstandenen Aufwand. Diesen rechnet der Kreis mit den Städten und Gemeinden vierteljährlich ab und zwar nach den Grundlagen, die auch für die allgemeine Kreisumlage gelten. Die endgültige Abrechnung erfolgt dann zu Beginn des Jahres 2006.

Der Kreis wird hierzu mit den einzelnen Städten und Gemeinden einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abschließen, der diese Regelungen zum Inhalt hat.

Das Eckdatenpapier des Landrates sah noch eine Anhebung der Kreisumlage um 6 %-Punkte vor. Durch die jetzt gesonderte Abrechnung aufgrund des Herforder Modells plant der Landrat nun eine Reduzierung der Kreisumlage um 2,1 %-Punkte.

Ich möchte an dieser Stelle dem Landrat auch im Namen der Bürgermeister-Kollegin und Bürgermeister-Kollegen danken, dass er diesen Vorschlag aufgegriffen und dem Kreistag unterbreitet hat. Damit versachlichen wir die Diskussion über die richtige Höhe der Kreisumlage ein Stückweit. Niemand muss begründen, warum er welchen Kostenansatz gewählt hat und ob dieser zu optimistisch oder zu pessimistisch gesehen wird. Wir können uns hier im Kreis Warendorf gemeinsam auf den Weg machen, um gegenüber dem Bund deutlich zu machen, dass die zugesagte Entlastung derzeit hier nicht eintritt und dass nachgebessert werden muss!

Entwarnung, dass die Städte und Gemeinden nun mit der Höhe der Kreisumlage einverstanden sind, möchte ich aber trotzdem nicht geben. Es besteht weiterhin der dringende Wunsch an den Landrat und an den Kreistag, den Kreishaushalt auf alle Einsparpotenziale hin zu durchforsten. Einer besonderen Prüfung sind auch die Personalkosten zu unterziehen. Es kann nicht sein, dass der Landrat seit Jahren erklärt, im Kreis werden Stellen abgebaut, tatsächlich steigen aber von Jahr zu Jahr die Personalkosten. Auch durch Hartz IV wird es beim Kreis zu Personaleinsparungen kommen, die sich dann hoffentlich im kommenden Jahr auch in rückläufigen Personalkosten nieder schlagen werden.

Die Personalkosten der Gemeinde bleiben nahezu unverändert. Knapp 2,2 Mio. Euro sind veranschlagt. Bei der Kostenkalkulation wurde von einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen ausgegangen. Der Anteil der Personalkosten an der Gesamtsumme des Verwaltungshaushalts liegt damit erneut unter der 20 %-Marke und damit im Land NRW an günstiger Stelle.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen für die wiederum gute Arbeit in diesem Jahr danken. Auch im öffentlichen Dienst wird die Luft dünner. Die Aufgaben nehmen zu und die Mittel werden knapper. Jeder Einzelne ist hier voll gefordert.

Für Kreditzinsen müssen im kommenden Jahr 400.000 Euro ausgegeben werden, das sind 23.000 Euro weniger als im vergangenen Jahr. Der Rückgang der Zinsbelastung ist in erster Linie auf die planmäßige Entschuldung der Gemeinde zurück zu führen. Der Haushalt sieht auch diesmal keine Kreditaufnahme vor. Damit kann der Schuldenstand zum Ende des kommenden Jahres um rd. 319.000 Euro auf rd. 6,5 Mio. Euro abgebaut werden. Nicht eingerechnet sind die Schulden im Abwasserwerk und in der Bäder- und Beteiligungsgesellschaft. Hier handelt es sich um sog. rentierliche Schulden, das heißt, diesen Schulden stehen konkrete Einnahmen für Zins- und Tilgungsleistungen gegenüber.

Die Verschuldung der Gemeinde wird Ende 2005 bei voraussichtlich 627 Euro je Einwohner liegen. Damit nimmt Ostbevern einen Platz im Mittelfeld der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf ein.

Zum Verwaltungshaushalt sind ansonsten folgende Anmerkungen zu machen:

- Für die Unterhaltung der kommunalen Gebäude, insbesondere auch der Schulen, stehen 166.000 Euro zur Verfügung
- Mit 191.000 Euro wird der Ansatz für die Unterhaltung der Wirtschaftswege und Straßen um knapp 30.000 Euro erhöht. Mit diesem Mehrbetrag ist die Sanierung des Teilstücks Großer Kamp zwischen Hauptstraße und Erbdrostenstraße vorgesehen.
- Schulen, Kindergärten, Jugendwerk, Vereine und Verbände erhalten wie auch in diesem Jahr die Zuschüsse, um ihre gute Arbeit auch im kommenden Jahr fortführen zu können.

### Der Vermögenshaushalt

Er ist fast so schlank wie im Vorjahr und hat mit insgesamt 3,28 Mio. Euro nur ein leicht höheres Volumen. Dieser Betrag hört sich zunächst noch ganz ansprechend an. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass auf echte Investitionen nur etwa die Hälfte dieser Summe entfällt. Die andere Hälfte entfällt mehr oder weniger auf interne Buchungen, wie z.B. die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, die das Volumen des Vermögenshaushalts um rd. 1 Mio. Euro nach oben fährt.

Veranschlagt sind im Haushaltsentwurf 2005 Mittel insbesondere für folgende Maßnahmen:

- Anschaffung von Ausrüstung für die Feuerwehr
- Fortführung der Umgestaltung des Schulplatzes Hauptschule sowie Anschaffungen für die drei Schulen
- Erweiterung der Stellplätze am Bahnhof Ostbevern
- Umsetzung von Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan
- Ausbau der Straße „Am Haarhaus“
- Verlängerung des Radweges auf der Nordseite des Lienener Damm bis zur Zufahrt zum Schloss
- Bau einer Fußgängerbrücke über die Bever
- Aufstellen von Solarleuchten an Schulbushaltestellen im Außenbereich
- Ankauf von Grundstücken für das Baugebiet Arenwiese II
- Erneuerung von Spielgeräten auf gemeindlichen Spielplätzen
- Umbaumaßnahmen im Rathausbereich durch Auslagerung von Teilen der Verwaltung, bedingt durch Hartz IV
- Energiesparmaßnahmen

Zu folgenden Positionen lassen Sie mich kurz ergänzend ausführen:

- Für die Anschaffung und Erneuerung der persönlichen Ausrüstung der Feuerwehr werden 40.000 Euro bereit gestellt. Die nach dem Brandschutzbedarfsplan vorgesehene Beschaffung eines neuen Löschfahrzeugs LF 10/6 ist mit einer Verpflichtungsermächtigung zulasten des Jahres 2007 vorgesehen.

Sollte die Finanzlage des kommenden Jahres es zulassen, die Mittel für ein solches Fahrzeug bereits in 2006 bereit zu stellen, so werde ich Ihnen vorschlagen, diese Investition vorzuziehen.

- Die Hauptschule hat in diesem Sommer bekanntlich mit der Umgestaltung des Schulplatzes begonnen. Nach langen und umfangreichen Vorbereitungen hat man in diesem Jahr den ersten Schritt getan. Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und der Förderverein haben ihre Mitarbeit auch für das kommende Jahr zugesichert. Aus diesem Grunde sieht der Haushalt eine Beteiligung der Gemeinde in Höhe von 20.000 Euro vor.
- Für die Stellplatzanlage am Bahnhof Brock sind Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz beantragt. Die Anlage ist insbesondere im Winter gut ausgelastet. Wie lange es noch Mittel aus diesem GVFG-Programm geben wird, ist offen. Deshalb ist diese Maßnahme mehr profilaktisch zu sehen, um die Finanzmittel zu sichern.
- Auf den Ausbau der Straße „Am Haarhaus“ warten die Anlieger schon seit Jahren. Nachdem das Baugebiet Arenwiese I erschlossen und die Straße Am Haarhaus abgebunden ist, sollte der Ausbau dieses Straßenzuges bald erfolgen.
- Für den Bau einer zusätzlichen Brücke über die Bever im Bereich der Schulstraße sind 50.000 Euro vorsorglich eingestellt.
- Die Aussichten, die Landesförderung für die Solarleuchten an den Haltestellen im Außenbereich zu erhalten, sind für das kommenden Jahr gestiegen, deshalb wird die Maßnahme erneut veranschlagt.
- Im Baugebiet Arenwiese I sind alle Grundstücke so gut wie verkauft. Die Gemeinde sollte immer Wohnbaugrundstücke im Angebot haben, auch wenn derzeit die Nachfrage deutlich geringer ist. Deshalb ist für das kommende Jahr die Erschließung des nach Süden angrenzenden Abschnitts II bis zum Grevener Damm vorgesehen.
- Für die Erneuerung von Spielgeräten auf verschiedenen Spielplätzen sind wiederum 30.000 Euro vorgesehen. Aufgrund der Vielzahl der Plätze einerseits und der hohen Sicherheitsanforderungen andererseits wird durch die Verwaltung vorgeschlagen, bestimmte Spielplätze in Wohnbereichen, in denen die Kinderzahl derzeit nicht so hoch ist und damit die Spielplätze nicht so frequentiert werden, von Spielgeräten zu „befreien“, d. h., die Geräte insgesamt abzubauen, gleichwohl die Fläche mit Rasen einzusäen und weiterhin zu pflegen. In einigen Jahren, wenn in diesem Bereich der Bedarf an Spielgelegenheiten wieder steigt, sollen diese Plätze dann wieder mit neuen Spielgeräten ausgestattet werden.
- Die Verwaltung wird hierzu in der nächsten Sitzung des Sport- und Sozialausschusses konkrete Vorschläge unterbreiten.

- Die ortsnahe Wahrnehmung der Aufgabe des ALG II, die Hilfe aus einer Hand und unter einem Dach bietet, erfordert zusätzliche Büroarbeitsplätze für den Verwaltungsbereich, die noch geschaffen werden müssen. Sowohl für Umbaumaßnahmen als auch für die Ausstattung sind insgesamt 35.000 Euro veranschlagt.

Meine Damen und Herren,

Sie werden möglicherweise einige Vorhaben vermisst haben, wie z. B. Straßenbaumaßnahmen (Ausbau von Wirtschaftswegen, Ausbau des Mühlenweges und der Schulstraße, Ausbau des Großen Kamp – Teilabschnitt Nord).

Auch für die Fortführung unseres REGIONALE-Projektes, für den einen oder anderen sicherlich noch interessanten oder wünschenswerten Baustein (z.B. für den Blick in die Bever) sind keine Mittel eingestellt.

Maßnahmen, die einen vergleichsweise hohen Eigenanteil der Gemeinde erfordern oder nicht unbedingt notwendig sind, haben in diesen Haushaltsentwurf keinen Einzug gehalten.

Ich möchte vermeiden, Investitionen auf den Weg zu bringen, die derzeit nur über Kredite finanzierbar sind und damit den finanziellen Spielraum der Gemeinde in den kommenden Jahren weiter einschränken würden. Die Finanzentwicklung im kommenden Jahr sollte genau beobachtet werden. Derzeit gibt es zu viele und zu große Unwägbarkeiten.

Damit habe ich auch gleich den Übergang zur Finanzplanung bis zum Jahr 2008.

Der Haushaltsentwurf sieht eine ausgeglichene Finanzplanung vor. Dieses aber auch nur, weil Maßnahmen im investiven Bereich reduziert, gestreckt oder gestrichen worden sind. Gestreckt haben wir die Beschaffung des neuen Feuerwehrfahrzeugs, den Ausbau von Mühlenweg und Schulstraße und gestrichen den Endausbau der Straßen im Gewerbegebiet Nord. Der soll nach wie vor kommen, nach der Finanzplanung aber erst nach 2008 darstellbar.

Die **Rücklage** der Gemeinde, die derzeit mit rd. 1,3 Mio. Euro mehr als den Mindestbestand enthält, wird Ende des kommenden Jahres gänzlich aufgebraucht sein. Es bleibt zu hoffen, dass das Jahr 2004 besser abschließt als veranschlagt und wir von daher etwas mehr Geld in das kommende Jahr hinüber retten können.

Kurz einige Ausführungen zu den **Anlagen** des Haushaltsentwurfs:

Der Stellenplan enthält keine Veränderungen.

Der Abbau der Schulden geht weiter voran. Seit 1998 konnte der Schuldenstand um durchaus beachtliche 1,7 Mio. Euro abgebaut werden. Gleichwohl stehen am Ende des kommenden Jahres noch rd. 6,5 Mio. Euro in den Büchern.

Zum Wirtschaftsplan für die Gemeindewerke sowie zum Wirtschaftsplan der BBO möchte ich hier keine weiteren Ausführungen machen, Sie haben die Pläne soeben beschlossen, die Inhalte sind Ihnen bestens bekannt.

Meine Damen und Herren,

der besagte Gürtel muss wohl noch enger geschnallt werden.

Sie haben es insbesondere bei meinen Ausführungen zum Vermögenshaushalt gehört. Geben wir aber die Hoffnung nicht auf, dass es vielleicht doch etwas besser kommt, als derzeit vermutet oder gar befürchtet.

Für das Jahr 2004 möchte ich ein kurzes Fazit ziehen: Es war trotz eines finanziell engen Rahmens ein erfolgreiches Jahr. Ein Jahr mit großem bürgerschaftlichem Engagement. Ich erwähne beispielhaft die Kulturveranstaltungen im Rahmen der Regionale 2004.

Dieser Bürgersinn, den wir auch noch ganz aktuell beim Radwegebau an der L 830 im Schirl gesehen haben, macht Mut. Mut, dass wir gemeinsam in der Lage sind, Dinge zu bewegen, die für fast nicht machbar gehalten worden sind.

Nutzen wir das kommende Jahr zur weiteren Konsolidierung unserer Arbeit und unserer Finanzen. Legen wir gemeinsam eine „Kreative Investitionspause“ ein. Wir haben in den letzten Jahren in vergleichsweise großem Umfang die Infrastruktur in vielen Bereichen verbessert. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger werden nicht böse sein, wenn wir das wenige Geld, welches als Spielraum zur Verfügung steht, derzeit zur Seite legen, um Unwägbarkeiten in der Zukunft, und die gibt es zuhauf, damit besser abfedern zu können.

Nutzen wir das kommende Jahr aber auch, uns Gedanken zu machen, wie wir unsere Gemeinde für die Zukunft ausrichten wollen. Themen sind hierbei die Auswirkungen der Demografie, unser Schulangebot, Familienfreundlichkeit, um nur einige Stichworte zu nennen. Es gibt, wie man hieraus erkennt, viel zu tun.

Meine Damen und Herren,

von Hermann Hesse stammt der Satz :

**Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.**

Behalten wir auch in kommenden Jahr den Mut, Dinge anzugehen, die uns auf den ersten Blick nicht möglich erscheinen. Manches lässt sich dann doch erreichen. Diesen Mut wünsche ich uns allen für das kommende Jahr.

Auch im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchte ich mich bei Ihnen für die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr bedanken. Wir möchten gerne diesen Weg, diese Art des Zusammenwirkens fortsetzen.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich frohe Festtage sowie gute Beratungen zum Haushaltsentwurf 2005, den ich Ihnen nun überreichen darf.

Herzlichen Dank.